

# Standards für die Polizeikooperation

**Die Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa legt Standards für die polizeiliche Zusammenarbeit der Vertragsstaaten fest. Die Arbeiten zur Umsetzung der Konvention werden von einem Österreicher in Laibach koordiniert.**

Zum Schutz der EU-Außengrenze entsendet Österreich Polizistinnen und Polizisten sowie technisches Equipment an die serbisch-ungarische und serbisch-mazedonische Grenze. Rechtliche Basis der Entsendung ist die Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa“, erklärte Dr. Wilhelm Sandrisser, Leiter der Gruppe I/B (Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit, Sicherheitspolitik) im Innenministerium. Die Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa (PCC SEE) bietet eine Reihe weiterer Möglichkeiten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Benötigen österreichische Ermittler etwa bei einer Telefonüberwachung Unterstützung, um einen bestimmten Dialekt aus einem PCC-SEE-Vertragsstaat übersetzen zu können, bietet die Konvention die rechtliche Basis, einen Polizeibeamten aus diesem Vertragsstaat für die Transkription und Analyse der Telefonprotokolle beizuziehen.

Südosteuropa ist durch seine Nähe zu Österreich und die hohe Anzahl an Personen aus der Region, die in Österreich leben, eine Schlüsselregion für die Sicherheit in Österreich. „Sicherheit kann nicht mehr nur innerhalb der eigenen Landesgrenzen gewährleistet werden. Sie muss gemeinsam mit relevanten Partnern im Umfeld gestaltet werden“, betont Sandrisser.

Um eine rechtliche Grundlage für die polizeiliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu schaffen, werden bilaterale Verträge verhandelt. Nach einer Straftat in Österreich können so kriminalistische Daten etwa mit der Polizei in Serbien geteilt werden. Der Nachteil bei bilateralen Verträgen ist jedoch, dass sie unterschiedliche Standards für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit schaffen: Während man sich mit einem Staat beispielsweise auf den Austausch von DNA-Daten einigt, kann das Thema bei einem anderen aus verschiedenen Gründen unter den Tisch fallen. Daraus resultierende unterschiedliche Standards verkomplizieren die immer wichtiger werdende grenzüberschreitende Kooperation. Da-



**Bürogebäude der PCC SEE und des DCAF in Laibach.**

her werden multilaterale Verträge abgeschlossen, wobei sich drei oder mehr Vertragspartner auf eine gemeinsame Rechtsgrundlage einigen.

**Polizeikooperationsverträge.** Auf europäischer Ebene ist das Schengener Vertragswerk eines der ersten und wichtigsten der multilateralen Verträge im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit. Ziel des Vertragswerks ist es, die Binnengrenzkontrollen zwischen den Schengen-Partnerländern abzuschaffen und gleichzeitig die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zu stärken. Der automatisierte Austausch von DNA-Daten, Fingerabdruckdaten und Daten aus Kraftfahrzeugregistern wurde 2005 mit dem Prümmer Vertrag unter den teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten, unter anderem Österreich, geregelt. „Die Verträge von Schengen und Prüm haben die polizeiliche Zusammenarbeit in der EU wesentlich vereinfacht. Herausforderungen entstehen jedoch verstärkt außerhalb des Schengen-Raums, wobei der Westbalkan für uns besonders wichtig ist. Die Idee zur Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa war eine Folge davon“, sagt Wilhelm Sandrisser. Wenn Täter aus Südosteuropa innerhalb des Schengen-Raums oder in Österreich kriminelle Handlungen setzen, konnten sie früher mitunter nicht verfolgt werden, da es nur mäßig geeignete Verträge für die Zusammenarbeit gab. Ziel war es, auf Basis einer gemeinsamen Rechtsgrundlage quasi EU-Standards für die polizeiliche Zusammenarbeit mit den Ländern Südosteuropas zu schaffen.

**Die Polizeikooperationskonvention** für Südosteuropa wurde von Österreich initiiert und während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006 verhandelt. Die Konvention wurde 2006 von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Rumänien und Serbien in Wien unterzeichnet. Neben Österreich (2011) sind Bulgarien (2008), Ungarn (2012) und Slowenien (2012) der Konvention beigetreten. Heute hat die PCC SEE elf Vertragsstaaten.

**Entsendung eines österreichischen Experten.** Neben dem Rechtstext als Grundlage war es wichtig, Standards und Umsetzungsvorgaben für die Anwendung in der Praxis zu erarbeiten. „Weil wir sicherstellen wollten, dass die Konvention bestmöglich angewandt wird, haben wir 2009 einen österreichischen Experten in das für Umsetzungsfragen zuständige Sekretariat nach Laibach entsendet. Er hat in den folgenden Jahren wesentlich dazu beigetragen, die Konvention mit Leben zu erfüllen“, erläutert Sandrisser.

Das PCC-Sekretariat in Laibach wird vom *Genfer Zentrum für die demokratische Überwachung von Streitkräften (DCAF)* unterstützt. DCAF ist eine internationale Stiftung mit dem Ziel, durch Wissenschaft und Forschung zur Verbesserung der Sicherheitsverwaltung beizutragen. Zur Nutzung von Synergien, wurde das PCC-Sekretariat in denselben Büroräumen wie das DCAF-Büro für Südosteuropa in Laibach angesiedelt. Die Vertragsstaaten können Experten entsenden. In den ersten Jahren seit Gründung des PCC-SEE-Büros hatte der Leiter des DCAF-Büros Laibach, Anton Travner, auch die Leitung des PCC-SEE-Sekretariats inne. „Anton Travner ist seit der Geburtsstunde der Polizeikonvention mit dabei. Er ist ein Experte der ersten Stunde“, betont Sandrisser.

**Aufgaben des PCC-SEE-Büroleiters.** Nachdem Travner die Funktion zurückgelegt hatte, bewarb sich Österreich mit Ottavio Bottecchia für die Se-



**PCC-SEE-Sekretariat in Laibach: Anton Travner, Ottavio Bottecchia, Büro-Mitarbeiterin Katarina Lednik.**

ekretariatsleitung. Bottecchia stammt aus Kärnten und ist seit 1999 bei der Polizei in Wien. Er arbeitete mehrere Jahre im Innenministerium und wurde 2009 vom BMI für fünf Jahre als polizeilicher Verbindungsbeamter nach Bosnien-Herzegowina entsandt. Die Innenminister der PCC-SEE-Vertragsstaaten haben die Bestellung von Bottecchia als Sekretariatsleiter am Rande des Forum-Salzburg-Ministertreffens im Mai 2015 in St. Pölten beschlossen. Bis Dezember 2016 wird er die Umsetzung der PCC SEE vorantreiben und koordinieren.

„Mit Ottavio Bottecchia haben wir einen Kandidaten ins Rennen um die Sekretariatsleitung geschickt, der die Polizeiarbeit von der Pike auf kennt, international erfahren ist und fundiertes Wissen zur grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit mitbringt“, sagt Sandrisser.

Eine Kernaufgabe ist es, die Minister der Vertragsstaaten zweimal jährlich über die Tätigkeiten des Sekretariats zu informieren und Arbeitsaufträge entgegenzunehmen sowie deren Umsetzung zu koordinieren. „Im Ministerkomitee wird die politische Stoßrichtung vorgegeben und entschieden, welche technischen oder politischen Aspekte zur Umsetzung der PCC SEE an-

gegangen werden sollen. Die Umsetzung erfolgt dann auf Expertenebene“, erläutert Bottecchia.

Ein Beispiel dafür ist die Erarbeitung von gemeinsamen Datenschutzstandards: Die Minister einigten sich 2009 auf diese Priorität und forderten das PCC-SEE-Sekretariat zur Umsetzung auf. Nachdem Geldgeber gefunden waren, wurden die Experten der Vertragsstaaten zu einer Datenschutzkonferenz eingeladen. Auftrag an die Konferenzteilnehmer war es, für die PCC SEE gemeinsame Datenschutzstandards zu erarbeiten. Die nationalen Experten stellten ihre Rechtslage vor und man einigte sich nach mehreren Expertentreffen auf einen gemeinsamen Datenschutzstandard, der seit 2014 gilt. Dadurch kann etwa garantiert werden, dass Daten aus einem anderen PCC-SEE-Vertragsstaat in einem österreichischen Gerichtsverfahren denselben Standards entsprechen.

Ottavio Bottecchia ist das Bindeglied zwischen den Ministern und internationalen Geldgebern wie der EU-Kommission, die finanzielle Unterstützung zur Umsetzung von PCC-SEE-Projekten zur Verfügung stellen. „Ich stelle die Finanzierung von Projekten auf die Beine, überwache ihre Umsetzung und stehe den Geldgebern und

PCC-SEE-Ministern Frage und Antwort, welche Ergebnisse erzielt wurden“, sagt Bottecchia. Eine weitere Kernaufgabe ist, die Umsetzung von Konferenzen und die inhaltliche Weiterentwicklung der PCC SEE zu überwachen. „Ich bin der Wächter des Implementierungsprozesses“, erklärt der Experte. Derzeit wird etwa an einem verbesserten Informationsaustausch zur Bekämpfung der illegalen Migration gearbeitet. Vertragsstaaten, die nicht EU-Mitglied sind, werden bei der Einführung von Standards zur grenzüberschreitenden Observation und polizeilichen Nacheile unterstützt.

**Monitoring-System.** Botteccchias Ziel ist es, in Laibach ein Monitoring-System aufzubauen. „Mein Vorgänger hat sehr gute Arbeit geleistet und die Implementierungsmaschine ins Laufen gebracht. Damit meine ich, dass die PCC-SEE-Umsetzungsaktivitäten gestartet sind und der Mehrwert der Konvention für die Vertragsstaaten klar wurde“, betont Bottecchia. „Jetzt läuft diese Maschine und jetzt werde ich alles daran setzen, dass wir die vielen Aktivitäten konsequent weiterentwickeln und speziell auf die Qualität und die Ergebnisse in allen Bereichen achten.“

*Monika Lemmerer*